

# Mail-Meilenstein

von H. Becker, P. Klinger, U. Manthey

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind geschaffen, nun ist es an den Kommunen, den rechtsverbindlichen und effektiven Datenaustausch mit den Bürgern zu ermöglichen. Ein Weg dazu ist die Einführung einer virtuellen Poststelle.

**D**as neue Verwaltungsverfahrensgesetz in Nordrhein-Westfalen ermöglicht, dass Kommunen ihre Schriftstücke und Dokumente nicht nur auf herkömmliche Art und Weise empfangen, verteilen und verarbeiten, sondern diese Schriftstücke auf elektronischem Weg zwischen den beteiligten Stellen rechtsverbindlich austauschen können. Damit ergeben sich neue Potenziale für die Kommunen, um effektiv ihren täglichen Anforderungen gerecht zu werden und um auf die Herausforderung der elektronischen (Massen)-Kommunikation reagieren zu können.

E-Government darf nicht heißen, dass ein Datenaustausch über Formulare angeboten wird, sondern dem Kunden der Kommune muss die Möglichkeit des Austausches von Schriftstücken in freier Form als E-Mail an die zuständigen Stellen ermöglicht werden. Natürlich

müssen alle elektronischen Kommunikationsformen, soweit notwendig, rechtsverbindlich sein. Diese Bedingung und die hohen Anforderungen an die Datensicherheit schließen aus, dass durch den Betrieb eines einfachen Mail-Servers die Rechtsverbindlichkeit garantiert werden kann.

Zur Umsetzung der Möglichkeiten nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz empfiehlt sich für die Kommunikation mit dem Kunden die Einführung einer virtuellen Poststelle (VPS). Sie stellt einen maßgeblichen Schritt zur Weiterentwicklung des E-Government dar. An die virtuelle Poststelle stellen sich folgende Anforderungen:

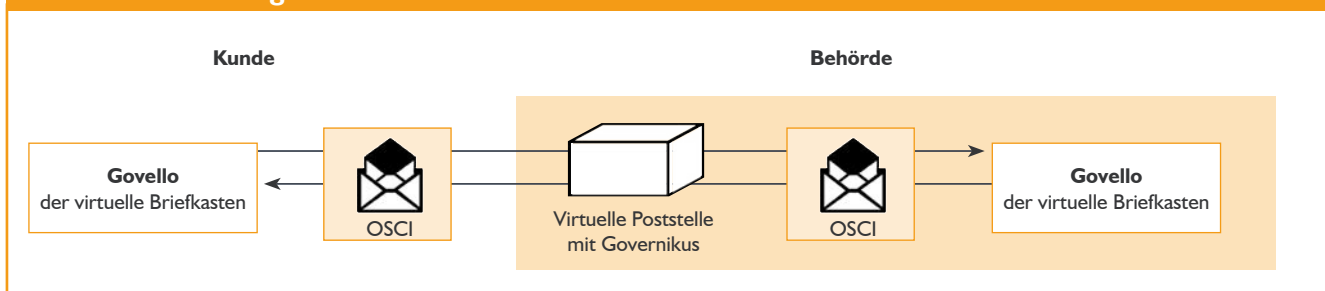
- Garantie der geforderten Rechtssicherheit durch die Unterstützung von unterschiedlichen Signaturniveaus (ohne, mit fortgeschrittener oder qualifizierter Signatur) unter Berücksichtigung der verschiedenen Signaturkarten,

- übersichtliche Protokollierung der Sende- und Empfangsvorgänge,
- Bereitstellung einer fristenwahrenden Kommunikation durch Zeitstempeldienste,
- Unterstützung des OSCI-Standards, der flächendeckend in den meisten Bundesländern eingeführt wird,
- nutzbar sowohl für Zwecke der internen als auch externen Kommunikation.

Das Institut für Kooperative Systeme GmbH (IKS) und der Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT) haben unter Berücksichtigung aller Anforderungen die Lösungen Governikus und Govello der bos Bremen GmbH in das virtuelle Rathaus der Stadt Hagen integriert und angepasst.

Durch die definierten Anforderungen an die virtuelle Poststelle ergeben sich für die Stadt weitere Vorteile:

## Elektronischer Weg via Internet und virtuelle Poststelle



- Die Lösung ist flexibel durch ein frei einstellbares Customizing und somit in schon vorhandene virtuelle Rathäuser leicht integrierbar,
- eine flexible Auswahl von Empfängern durch einen integrierten Verzeichnisdienst,
- eine Ausstattung von Arbeitsplätzen mit Signaturkarten zur Ergänzung qualifizierter signierter Dokumente an einer Stelle,
- die Möglichkeit, automatisch Nachrichten abzuholen, zu drucken oder zu löschen,
- kostengünstiger Betrieb durch Rahmenvereinbarungen mit dem Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung (KoopA ADV) und in Nordrhein-Westfalen mit dem Innenministerium,
- sicherer Betrieb, der durch relevante Referenzen nachgewiesen ist.

Die für den technischen Betrieb der VPS notwendigen Voraussetzungen waren ebenfalls ein wichtiges Kriterium für die Einsatzentscheidung. So ist es bei der gewählten Lösung ausreichend, dass von der Stadt Hagen ein VPS-Server betrieben wird. Über diesen Server wird für die Kunden ein VPS-Client zum Download zur Verfügung gestellt.

Die Kommunikation mit der Verwaltung gestaltet sich daher für den Anwender wie durch bekannte Mail-Browser gewohnt: Die zu der Nachricht gehörenden Daten werden nach ihrer Erfassung innerhalb der Govello-Anwendung visualisiert, gegebenenfalls signiert und von Govello im OSCI-Format über Governikus an die Verwaltung geschickt. In der Verwaltung prüft der Govello-Server die Signatur, quittiert den Empfang,

protokolliert (notwendig zur Fristenwahrung) und hält die Nachricht für die Nutzung beim Sachbearbeiter bereit (siehe Grafik Seite 12). In einer weiteren Ausbaustufe planen IKS und HABIT, sämtliche auch formalisierte Daten über die VPS zu kommunizieren. Dadurch entwickelt sich die virtuelle Poststelle zu einem zentralen Dienst innerhalb des E-Government-Frameworks in Hagen. IKS steht zur Verfügung, die gewonnenen Erfahrungen bei öffentlichen Dienstleistern auch im Rahmen eines E-Government-Gesamtkonzeptes einzubringen.

*Harms Becker und Uwe Manthey sind Mitarbeiter am Institut für Kooperative Systeme GmbH (IKS), Hagen; Peter Klinger ist Werkleiter des Hagener Betriebs für Informationstechnologie (HABIT).*